

---

**Vorsitz: Polen****SONDERSITZUNG DES STÄNDIGEN RATES  
(1361. Plenarsitzung)**

1. Datum: Montag, 7. März 2022 (im Neuen Saal und über Videokonferenz)

Beginn: 15.00 Uhr

Schluss: 18.10 Uhr

2. Vorsitz: Botschafter A. Hałaciński

Russische Föderation (Anhang 1), Vorsitz

3. Behandelte Fragen – Erklärungen – Beschlüsse/verabschiedete Dokumente:

Punkt 1 der Tagesordnung: **DIE FORTGESETZTE AGGRESSION DER  
RUSSISCHEN FÖDERATION GEGEN DIE  
UKRAINE**

Vorsitz, Generalsekretärin (SEC.GAL/38/22), Ukraine, Kanada (Anhang 2), Frankreich – Europäische Union (Anhang 3), Türkei (Anhang 4), Vereinigtes Königreich (Anhang 5), Schweiz (PC.DEL/365/22 OSCE+), Georgien (PC.DEL/390/22), Vereinigte Staaten von Amerika (Anhang 6) (PC.DEL/359/22), Island (Anhang 7), San Marino (Anhang 8), Liechtenstein (PC.DEL/356/22), Norwegen (PC.DEL/363/22), Montenegro (Anhang 9), Moldau (Anhang 10), Belarus (PC.DEL/361/22 OSCE+), Parlamentarische Versammlung der OSZE (PA.GAL/11/22 OSCE+)

Punkt 2 der Tagesordnung: **PRÜFUNG AKTUELLER FRAGEN**

Vorsitz

*Schwerwiegende und fortgesetzte Verstöße gegen das humanitäre Recht durch die Ukraine und deren Unterstützung durch die westliche Gemeinschaft:* Russische Föderation (Anhang 11), Vorsitz, Ukraine, Frankreich – Europäische Union, Frankreich, Vereinigtes Königreich, Lettland (Anhang 12), Litauen (PC.DEL/368/22 OSCE+), Kanada (Anhang 13), Norwegen, Deutschland

Punkt 3 der Tagesordnung: SONSTIGES

keine

4. Nächste Sitzung:

Donnerstag, 10. März 2022, um 10.00 Uhr im Neuen Saal und über Videokonferenz

---

**1361. Plenarsitzung**

StR-Journal Nr. 1361, Punkt 2

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION DER RUSSISCHEN FÖDERATION**

Herr Vorsitzender,

wieder einmal können wir die von Ihnen vorgelegte Tagesordnung für die Sondersitzung des Ständigen Rates nicht unterstützen. Der erste Tagesordnungspunkt ist, so wie er angekündigt wurde, absolut inakzeptabel und offen auf Konfrontation ausgerichtet. Schon wieder legt der Vorsitz unter Verletzung der Geschäftsordnung willkürlich – ohne alle Teilnehmerstaaten gebührend zu konsultieren – einen individuellen Tagesordnungspunkt fest, der den Standpunkt der Ukraine und der westlichen Länder, die sich auf ihre Seite stellen, widerspiegelt. So werden Trennlinien vertieft, obschon doch unter den derzeitigen herausfordernden Umständen versucht werden sollte, Kompromissformulierungen zu finden.

Punkt 1 der Tagesordnung steht nicht unter „Aktuelle Fragen“, sondern wird als ständiger Tagesordnungspunkt präsentiert. Wir möchten Sie daran erinnern, dass gemäß Abschnitt IV.1 Buchstabe (C) Absatz 3 der Geschäftsordnung der OSZE die Tagesordnungsentwürfe für Sitzungen des Ständigen Rates vom Vorsitz vorbereitet werden, wobei die von allen Teilnehmerstaaten unserer Organisation geäußerten Standpunkte berücksichtigt werden.

Wir fordern den polnischen Vorsitz erneut dringend auf, sich strikt an die von allen Teilnehmerstaaten vereinbarten Verfahren zu halten, diese nicht mehr beliebig auszulegen und faire und niemanden diskriminierende Möglichkeiten für Erörterungen im Ständigen Rat zu schaffen.

Ich ersuche, diese Erklärung dem Journal der heutigen Sondersitzung des Ständigen Rates der OSZE als Anhang beizufügen.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

---

**1361. Plenarsitzung**

StR-Journal Nr. 1361, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION KANADAS**

Danke.

Ich möchte gleich zu Beginn darum ersuchen, dass diese Erklärung dem Journal des Tages beigefügt wird.

Herr Vorsitzender,

zunächst möchte ich Ihnen für die Einberufung einer weiteren Sondersitzung des Ständigen Rates zu diesem äußerst wichtigen Tagesordnungspunkt danken. Auch Polen und anderen Ländern, darunter Rumänien, der Slowakei, Ungarn und Moldau, möchte ich für die mitfühlende und fähige Aufnahme der Flüchtlinge danken, die vor der verheerenden Lage fliehen, die Russland über die Ukraine gebracht hat. Ferner möchte ich der Generalsekretärin und allen Bediensteten des Sekretariats danken und mich dem Dank der Generalsekretärin an die Türkei und Österreich sowie die Nachbarländer für ihre Hilfe bei der sicheren Evakuierung des OSZE-Personals anschließen.

Herr Vorsitzender,

nach zwölf Tagen des unprovokierten und ungerechtfertigten Krieges von Präsident Putin gegen seinen demokratischen und friedlichen Nachbar sind wir alle Zeugen der ungeheuerlichen Auswirkungen dieses Akts der Aggression: der Not, des Sterbens und der Zerstörung, mit der die ukrainische Zivilbevölkerung konfrontiert ist.

Wir haben die Vereinbarung begrüßt, über das Wochenende eine Waffenruhe herzustellen, damit die Bewohnerinnen und Bewohner von Mariupol und Wolnowacha ihre Heimstätten verlassen können, ohne der Gefahr ausgesetzt zu sein, beschossen oder angegriffen zu werden. Doch Russland hielt die Waffenruhe am 5. und 6. März nicht ein und setzte den Beschuss dieser Städte fort. Dies ist ein weiterer Punkt auf der langen Liste der Zusagen, die Russland gebrochen hat. Seit einer Woche werden die Bewohnerinnen und Bewohner von Mariupol belagert und stehen am Rande einer humanitären Katastrophe, ohne Zugang zu Wasser, Elektrizität, Gas oder Medikamente. Seitdem Putin seinen Angriff auf das ukrainische Volk begonnen hat, wurden vom Büro des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte über 360 zivile Todesopfer bestätigt; laut Angaben des

Gesundheitsministeriums der Ukraine sind bis zum 6. März bereits 38 Kinder gestorben. Natürlich ist die tatsächliche Zahl in beiden Kategorien ziemlich sicher wesentlich höher. Inzwischen haben bereits über 1,5 Millionen Flüchtlinge die Ukraine verlassen und ihre Zahl steigt weiter exponentiell an. Wie uns Botschafter Kinnunen am Donnerstag gewarnt hat, nimmt infolge der gezielten Angriffe auf die zivile Infrastruktur die Gefahr einer humanitären Katastrophe zu.

Absichtliche Angriffe auf die zivile Infrastruktur stellen ein Kriegsverbrechen dar. Wir sind auch zutiefst besorgt über die laufenden Hinweise, Russland setze in Charkiw Streumunition ein; dieser rechtswidrige Einsatz wird zweifellos die Zahl der zivilen Opfer erhöhen. Die Weltgesundheitsorganisation hat mehrere Angriffe auf Gesundheitseinrichtungen in der Ukraine bestätigt. Berichten zufolge forderte der Angriff der Invasionstruppen auf Wohngebiete in Tschernihiw 47 Menschenleben. Und auch das regionale Kinderkrankenhaus in Nowopskow in der Oblast Luhansk wird weiterhin angegriffen.

Herr Vorsitzender,

die Angriffe Russlands auf ukrainische Zivilistinnen und Zivilisten und zivile Infrastruktur, darunter Schulen und Krankenhäuser, sind verwerflich. Russland muss seiner Verpflichtung nachkommen, das humanitäre Völkerrecht und die Menschenrechte in vollem Umfang einzuhalten. Es darf nicht seine Strategie sein, unschuldige Zivilistinnen und Zivilisten zu töten, Städte anzugreifen und so viel zivile Infrastruktur wie möglich zu zerstören. Es ist auch absolut notwendig, Frauen und Mädchen vor sexueller Gewalt zu schützen, wie es das humanitäre Völkerrecht fordert, sowie vor Menschenhandel und anderen Formen der Ausbeutung.

Infolge der umfangreichsten Unterbreitung in der Geschichte des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH) sammelt die Welt Beweise für den IStGH. Hier in der OSZE hat eine überwältigende Mehrheit der Teilnehmerstaaten den Moskauer Mechanismus in Gang gesetzt, um mutmaßliche Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu untersuchen. Auch in Genf hat der Menschenrechtsrat eine Untersuchungskommission zur Beobachtung der Verstöße gegen die Menschenrechte infolge der russischen Aggression in der Ukraine eingerichtet. Kanada unterstützt auch den Einsatz anderer OSZE-Instrumente, um diese Initiativen zu verstärken.

Herr Vorsitzender,

die Welt kennt die Wahrheit und wird sie weiterhin dokumentieren. Trotzdem ergreift der Kreml drastische und repressive Maßnahmen, um die Wahrheit mithilfe falscher Narrative zu ersticken und die russischen Bürgerinnen und Bürger weiterhin im Dunkeln zu lassen: Er nimmt Protestierende fest, schränkt die sozialen Medien ein und verbietet alle objektiven Informationsquellen. Laut Angaben des (blockierten) Dienstes für die Überwachung der Menschenrechte „OWD Info“ wurden seit Beginn des Krieges über 10 000 Demonstrantinnen und Demonstranten für ihren Protest gegen den Krieg festgenommen, während in den Büros von „Memorial“ und „Bürgerunterstützung“ Razzien durchgeführt wurden. Das neue Gesetz über die vom Kreml als „falsch“ erachteten Nachrichten, durch das unabhängige Medien zum Schweigen gebracht werden, schränkt den Zugang zu objektiven, wahrheitsgetreuen Informationen sowohl aus nationalen als auch

internationalen Quellen rigoros ein. Das Gesetz sieht lange Haftstrafen und eine Geldstrafe in Höhe von 1,5 Millionen Rubel vor und kann nur als drakonischer Versuch betrachtet werden, die Wahrheit über die brutale russische Invasion zu unterdrücken und zu verhindern, dass die Russinnen und Russen dieselben Bilder aus Kyjiw, Charkiw, Cherson, Mariupol, Butscha, Irpin, Schytomyr und anderen Orten in der Ukraine zu sehen bekommen wie der Rest der Welt.

Herr Vorsitzender,

der Angriff Russlands auf das Atomkraftwerk Saporischja am 4. März war eine gefährliche neue Eskalation, die nicht nur die Ukraine, sondern große Teile Europas einem erhöhten Risiko hätte aussetzen können, wenn ein Atomreaktor getroffen, oder das entstandene Feuer nicht rasch und fachkundig von den ukrainischen Behörden gelöscht worden wäre. Davor, am 24. Februar, hatten die russischen Truppen das Atomkraftwerk Tschernobyl in ihre Gewalt gebracht – in der Sperrzone Tschernobyl, wo der radioaktive Staub, wenn er aufgewirbelt wird, sich in Europa und auch weit bis nach Russland verbreiten könnte. Tatsächlich wurde in der Sperrzone wegen der schweren gepanzerten Fahrzeuge, die über den kontaminierten Boden fuhren und radioaktiven Staub in die Luft wirbelten, eine hohe Hintergrundstrahlung festgestellt. Wir schließen uns den Stimmen an, die Sicherheitszonen der Vereinten Nationen rund um ukrainische Atomanlagen fordern, und erinnern Russland daran, dass ein bewaffneter Angriff auf kerntechnische Anlagen, die friedlichen Zwecken dienen, oder eine Bedrohung derselben eine Verletzung des Völkerrechts darstellen.

Herr Vorsitzender,

es gibt nur einen Weg, um diesen brutalen Krieg zu beenden: Diplomatie und Dialog, verbunden mit einer vorangehenden unverzüglichen Waffenruhe. Alle russischen Streitkräfte müssen auf ihr eigenes Hoheitsgebiet zurückkehren, und die vollständige Souveränität und territoriale Unversehrtheit der Ukraine müssen wiederhergestellt werden. *Slawa Ukraini.*

Danke, Herr Vorsitzender.

---

**1361. Plenarsitzung**

StR-Journal Nr. 1361, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER VERTRETERIN DER EUROPÄISCHEN UNION**

Die Delegation Frankreichs übergab als EU-Vorsitzland das Wort an die Vertreterin der Europäischen Union, die folgende Erklärung abgab:

Herr Vorsitzender, wir begrüßen Ihre Entscheidung, diese Sondersitzung des Ständigen Rates einzuberufen, um einen besonders schwerwiegenden Fall der Nichteinhaltung von OSZE-Verpflichtungen im Einklang mit den bestehenden Regeln und Verfahren zu erörtern. Heute ist der 12. Tag des größten Angriffskriegs in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg, der von Präsident Putin gegen die Ukraine begonnen wurde. Die Europäische Union verurteilt die vorsätzliche, unprovokierte, ungerechtfertigte und brutale Invasion eines unabhängigen und souveränen Staates aufs Schärfste, und wir sind entsetzt über die verheerenden Folgen, die sich weiter abzeichnen.

Wir bekunden unsere unerschütterliche Solidarität mit dem ukrainischen Volk und unser aufrichtiges Mitgefühl für die Opfer dieses sinnlosen Kriegs und ihre Angehörigen. Es ist dringend notwendig, humanitäre Korridore einzurichten, sowie für den Schutz und die sichere Durchfahrt der Zivilbevölkerung durch örtliche Feuerpausen zu sorgen. Wir verurteilen nachdrücklich, dass Russland als Aggressor in diesem Konflikt nicht nur die Öffnung dieser Korridore verhindert, sondern bedauerlicherweise auch gegen die erreichten Vereinbarungen verstößt, indem es den Beschuss von Mariupol, Wolnowacha, Charkiw, Tschernihiw, Sumy und anderen ukrainischen Ortschaften und Städten fortsetzt. Humanitäre Organisationen der Ukraine und der Vereinten Nationen, das Internationale Komitee vom Roten Kreuz, medizinisches Personal und nichtstaatliche Hilfsorganisationen müssen sicheren, schnellen und ungehinderten Zugang zu den Menschen in Not im gesamten Gebiet der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen erhalten. Frauen und Kinder sind in Konfliktsituationen und bei Vertreibungen besonderen Gefahren ausgesetzt. Vor diesem Hintergrund unterstreichen wir daher die Notwendigkeit, sie vor sexueller Gewalt sowie Menschenhandel und anderen Formen der Ausbeutung zu schützen, wie es das humanitäre Völkerrecht verlangt.

Der anhaltende Beschuss ziviler Ziele durch Russland ist schändlich, verwerflich und völlig inakzeptabel; er verursacht eine humanitäre Katastrophe von verheerendem Ausmaß. Wir verurteilen die russischen Angriffe auf die Zivilbevölkerung und die zivile Infrastruktur in der Ukraine, darunter Schulen, Wohngebiete, Krankenhäuser sowie diplomatische

Vertretungen anderer Länder aufs Schärfste. Wir fordern Russland auf, seine Verpflichtungen nach dem humanitären Völkerrecht, insbesondere die Genfer Konventionen, und die internationalen Menschenrechtsnormen einzuhalten.

Die Europäische Union fordert Russland auf, die vorläufigen Maßnahmen des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte einzuhalten und von militärischen Angriffen auf Zivilpersonen oder zivile Objekte, darunter Einsatzfahrzeuge und andere besonders geschützte zivile Objekte wie Schulen und Krankenhäuser, abzusehen und die Sicherheit medizinischer Einrichtungen zu gewährleisten. Auch wenn die Mitgliedschaft der Russischen Föderation im Europarat ausgesetzt wurde, bleibt die Russische Föderation doch weiterhin uneingeschränkt an die Europäische Menschenrechtskonvention gebunden und stehen alle russischen Bürger weiterhin unter dem Schutz des Gerichtshofs. Wir begrüßen die Entscheidung des Anklägers des Internationalen Strafgerichtshofs, Ermittlungen wegen möglicher Kriegsverbrechen oder Verbrechen gegen die Menschlichkeit in der Ukraine einzuleiten. Letzte Woche haben 45 Teilnehmerstaaten, darunter alle 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union, unterstützt durch die Ukraine, den Moskauer Mechanismus der OSZE in Gang gesetzt, da wir über die menschenrechtlichen und humanitären Auswirkungen der russischen Invasion und die Möglichkeit von Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit sehr besorgt sind. Alle Verantwortlichen werden zur Rechenschaft gezogen werden.

Der veritable Krieg Präsident Putins gegen die Ukraine ist ein eklatanter Verstoß gegen das Völkerrecht und die Charta der VN und untergräbt die europäische und globale Sicherheit und Stabilität. Die historische Resolution der Generalversammlung der Vereinten Nationen von letzter Woche zeigte, dass die internationale Staatengemeinschaft geschlossen gegen Russlands Angriffskrieg auftritt. Russland trägt, gemeinsam mit dem beteiligten Lukaschenko-Regime in Belarus als Mitaggressor, die volle Verantwortung für die Getöteten, die Verwundeten und Verletzten und die Zerstörung. Die Europäische Union fordert, dass Russland seine Militäraktionen unverzüglich einstellt, alle seine Truppen aus dem gesamten Hoheitsgebiet der Ukraine abzieht und die territoriale Integrität, Souveränität und Unabhängigkeit der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen und Hoheitsgewässer uneingeschränkt achtet. Auch muss Russland seine Desinformationskampagne und seine Cyberangriffe einstellen. Wir fordern auch Belarus erneut auf, die russische Aggression nicht mitzutragen und seine völkerrechtlichen Verpflichtungen einzuhalten. Die Europäische Union unterstützt entschlossen das naturgegebene Recht auf Selbstverteidigung der Ukraine und die Bemühungen der ukrainischen Streitkräfte, die territoriale Unversehrtheit der Ukraine und ihre Bevölkerung im Einklang mit Artikel 51 der VN-Charta zu verteidigen.

Der Krieg Russlands in der Ukraine hat bereits über 1,5 Millionen Menschen zur Flucht veranlasst, von denen sich die meisten in Mitgliedstaaten der Europäischen Union und auch in die Republik Moldau begeben. Am 4. März hat die Europäische Union mit einem Beschluss den vorübergehenden Schutz für Menschen eingeführt, die sich auf der Flucht vor dem Krieg Russlands in der Ukraine befinden. Dieser umfasst das Recht auf Aufenthalt, Zugang zum Arbeitsmarkt und Unterkunft, medizinische Versorgung sowie den Zugang zu Bildung für Kinder. Wir möchten auch der Republik Moldau unseren Dank für all ihre Bemühungen und Solidarität bei der Aufnahme von Ukrainerinnen und Ukrainern bekunden und unsere Bereitschaft betonen, diesbezüglich weiterhin Unterstützung zu leisten.

Wir verurteilen nachdrücklich den rücksichtslosen und unverantwortlichen Angriff Russlands auf das größte Kernkraftwerk Europas in Saporischja. Dieser Angriff ist kein Einzelfall: Am 24. Februar waren russische Streitkräfte in die Sperrzone von Tschernobyl eingedrungen und hatten das Betriebsteam der Anlage in Geiselnhaft genommen. Am 27. Februar kam es zu einer lauten Explosion in der Nähe einer Abfalllagerstätte in Kyjiw. Wir bedauern, dass Russland gezielt Kernkraftwerke in der Ukraine angreift und gewaltsam in Beschlag nimmt und damit das Risiko eines nuklearen Unfalls oder Zwischenfalls erheblich erhöht. Wir sind äußerst besorgt über die nuklearen Bedrohungen und Risiken für die Sicherheit und Sicherung von Kernkraftwerken vor Ort, die durch die russische Invasion verursacht werden, sowie die potenzielle Beschädigung von Kernkraftwerken. Jedweder bewaffnete Angriff auf kerntechnische Anlagen, die friedlichen Zwecken dienen, und jedwede Bedrohung derselben stellen einen Verstoß gegen die Grundsätze des Völkerrechts dar. Russland muss seine rechtswidrigen und gefährlichen Aktivitäten unverzüglich einstellen.

Präsident Putins vorsätzlicher Krieg gegen die Ukraine hat eindeutig auch für das russische Volk schwerwiegende Folgen. Wir bezeugen unsere Solidarität mit den Russinnen und Russen, die unter großem persönlichen Risiko gegen den Krieg von Präsident Putin demonstrieren, und verurteilen die gewaltsame Unterdrückung friedlicher Proteste gegen den Krieg sowie den flächendeckenden Einsatz von Desinformation und Propaganda durch die russischen Behörden und die ihnen nahe stehenden Medien und Handlanger, die Russlands militärische Aggression gegen die Ukraine zu rechtfertigen suchen. Der nicht abreißende Strom an erfundenen Behauptungen, mit denen eine falsche alternative Wirklichkeit geschaffen werden soll, macht es den russischen Bürgerinnen und Bürgern fast unmöglich, ihre Regierung zur Rechenschaft zu ziehen.

So wie die Beauftragte für Medienfreiheit sind auch wir äußerst besorgt angesichts der ständigen Verunglimpfung, Stigmatisierung, Einschüchterung und Bedrohung von Medien und Journalistinnen und Journalisten durch die russischen Staatsorgane. Der Zugang zu mehreren unabhängigen Nachrichtensendern, darunter Meduza, Radio Liberty, Echo Moskwy, Deutsche Welle und der BBC auf Russisch, wurde eingeschränkt. Wir verurteilen das jüngst in Russland verabschiedete Gesetz, wonach gegen diejenigen, die eine von der offiziellen Regierungslinie abweichende Meinung zum Krieg äußern, hohe Geldstrafen und bis zu 15 Jahre Haft verhängt werden. Trotz dieser gesetzgeberischen Maßnahmen zur Unterdrückung aller mit der offiziellen Kriegsdarstellung Russlands nicht übereinstimmenden Meinungen wird in vielen Städten in ganz Russland weiter gegen den Krieg protestiert, während die Zahl der Andersdenkenden in einem breiten Spektrum der russischen Gesellschaft kontinuierlich steigt. Wir fordern Russland auf, seine völkerrechtlichen Verpflichtungen und seine OSZE-Verpflichtungen, einschließlich derjenigen in Bezug auf Medienfreiheit, das Recht auf freie Meinungsäußerung und das Recht auf friedliche Versammlung, einzuhalten und alle diejenigen, die willkürlich festgenommen oder durch politisch motivierte Gerichtsurteile verurteilt wurden, unverzüglich und bedingungslos freizulassen.

Wir schließen uns den drei Persönlichen Beauftragten des Amtierenden Vorsitzenden für die Bekämpfung von Intoleranz und Diskriminierung an und verurteilen den Raketenangriff auf die Holocaust-Gedenkstätte Babyn Jar, die zum Gedenken an 34 000 von den Nationalsozialisten ermordete Jüdinnen und Juden errichtet worden war. Dieser schreckliche, unter dem Vorwand der „Entnazifizierung“ verübte Akt, ist eine Verzerrung und ein

Missbrauch der Geschichte des Holocaust; ein Vergehen am Gedenken aller, die im Zweiten Weltkrieg umgekommen sind.

Herr Vorsitzender, die Europäische Union wird weiterhin an der Seite des ukrainischen Volks und seiner demokratisch gewählten Institutionen stehen. Wir werden weiterhin solidarisch mit all jenen sein, die trotz der Drohungen und brutalen Unterdrückung durch die Regime Putins und Lukaschenkos den Mut haben, sich diesem Krieg zu widersetzen. Gemeinsam mit unseren internationalen Partnern und Verbündeten werden wir die ukrainische Regierung und die ukrainische Gesellschaft weiterhin unterstützen, und auch den unabhängigen Medien und Nichtregierungsorganisationen Russlands und Belarus' bei der Verteidigung von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechten und Grundfreiheiten zur Seite stehen.

Schließlich möchten wir der Generalsekretärin der OSZE und ihrem Team nochmals für ihre unermüdlichen Bemühungen, insbesondere um die Evakuierung und Verlegung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Sonderbeobachtermission in der Ukraine, danken. Darüber hinaus bekräftigen wir unsere Entschlossenheit, alle Bemühungen des Vorsitzes und der autonomen Institutionen und Durchführungsorgane der OSZE zu unterstützen, um dringend konkrete Maßnahmen im Hinblick auf den Krieg Russlands gegen die Ukraine im Kontext des umfassenden Sicherheitsansatzes der OSZE, unter anderem durch die weitestmögliche Anwendung von Beschluss Nr. 3/11 des OSZE-Ministerrats von Wilna über Elemente des Konfliktzyklus, zu ergreifen. Wir fordern Russland dringend auf, seinen OSZE-Verpflichtungen nachzukommen und die OSZE-Institutionen zu achten. Auf Nötigung und Einschüchterung zurückzugreifen, ist ein unwürdiges und absolut inakzeptables Verhalten.

Ich ersuche höflich um Aufnahme dieser Erklärung als Anhang in das Journal des Tages.

Die Bewerberländer Republik Nordmazedonien<sup>1</sup>, Montenegro<sup>1</sup> und Albanien<sup>1</sup> und die Mitglieder des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Länder Island und Liechtenstein sowie die Ukraine, Georgien, Andorra, Monaco und San Marino schließen sich dieser Erklärung an.

---

1 Die Republik Nordmazedonien, Montenegro und Albanien nehmen weiterhin am Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess teil.

**1361. Plenarsitzung**

StR-Journal Nr. 1361, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION DER TÜRKEI**

Herr Vorsitzender,

der derzeitige unprovokierte und ungerechtfertigte Angriff der Russischen Föderation auf die Ukraine ist rechtswidrig und illegitim. Er ist eine eindeutige Verletzung des Völkerrechts.

Die Lage hat sich zu einer humanitären Tragödie entwickelt.

Die Zivilbevölkerung leidet darunter. Vor allem Frauen und Kinder waren zur Flucht gezwungen. Die zivile Infrastruktur wird zerstört. Kein Argument kann die Toten, das Leid und die Angst der unschuldigen Kinder, die sich in den Bunkern verstecken, rechtfertigen.

Wir weisen diesen Angriff zurück, ebenso wie die Entscheidung, die sogenannten abtrünnigen Republiken Donezk und Luhansk anzuerkennen, so wie wir auch die rechtswidrige Annexion der Krim zurückgewiesen haben.

Ich möchte unseren aus tiefstem Herzen kommenden Appell wiederholen: Wir wollen dringend eine Waffenruhe. Die militärischen Angriffe und das Blutvergießen müssen unverzüglich beendet werden. Und zwar jetzt.

Wir hoffen, dass die laufenden Gespräche zwischen den Parteien erfolgreich sein werden. Es ist unbedingt notwendig, zu Dialog und Diplomatie zurückzukehren.

Mein Land bemüht sich unermüdlich mit allen Parteien darum, eine friedliche Beilegung dieser Krise zu ermöglichen.

Am Samstag führte Präsident Erdoğan ein Telefonat mit Präsident Selenskyj, auf das gestern ein Telefongespräch mit Präsident Putin folgte. Wir haben unsere Hoffnung auf eine unverzügliche Beendigung des Angriffs bekräftigt und auf die dringende Notwendigkeit der Ausrufung einer Waffenruhe hingewiesen.

Wir werden weiterhin die Wahrung der Souveränität, der politischen Einheit und der territorialen Integrität der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen einschließlich ihrer Hoheitsgewässer unterstützen.

Herr Vorsitzender,

die Nachbarländer der Ukraine benötigen unsere konkrete und anhaltende Unterstützung und Solidarität, um die große Belastung durch den Zustrom von Flüchtlingen zu bewältigen. Wir wissen es zu schätzen, wie rasch die humanitäre Reaktion bisher erfolgt ist.

Herr Vorsitzender,

die vorübergehende Evakuierung aller internationalen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Sonderbeobachtermission (SMM) der OSZE in der Ukraine ist fast abgeschlossen. Der Leitende Beobachter der SMM, Botschafter Çevik, und Generalsekretärin Helga Schmid und ihre Teams haben für diese Evakuierungen enorme Anstrengungen unternommen. Wir danken ihnen dafür.

Das schmälert jedoch nicht den Schmerz, den wir derzeit beim Gedanken an alle Menschen in der Ukraine, seien es Ukrainerinnen und Ukrainer oder Staatsangehörige anderer Länder, empfinden.

Das Blutvergießen muss sofort und überall aufhören.

Mein Land will Frieden, Ruhe und Wohlstand in seiner Region.

Wir werden weiterhin entschieden auf den Frieden drängen und das Völkerrecht achten.

Die Türkei ist bereit, jede Anstrengung in jedweder Form zu unterstützen, die uns einem friedlichen Ausweg aus dieser Lage näher bringt.

Herr Vorsitzender, ich ersuche um Aufnahme dieser Erklärung als Anhang in das Journal des Tages.

Danke.

---

**1361. Plenarsitzung**

StR-Journal Nr. 1361, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION DES VEREINIGTEN KÖNIGREICHS**

Danke, Herr Vorsitzender.

Es ist fast zwei Wochen her, dass Präsident Putin den russischen Streitkräften den Befehl erteilte, in die Ukraine, sein souveränes Nachbarland, einzumarschieren.

Wir dürfen niemals vergessen, dass Russlands Angriff durch nichts provoziert wurde, geplant war und einen ungeheuerlichen Verstoß gegen das Völkerrecht und die OSZE-Verpflichtungen darstellt.

Die russische Führung behauptete, es habe keinen Plan für die Invasion in der Ukraine gegeben, aber sie haben gelogen. Sie haben die Welt und das russische Volk angelogen.

Seither haben die russischen Streitkräfte in der ganzen Ukraine barbarische Angriffe verübt. Unschuldige Menschen, darunter Kinder, wurden und werden weiterhin ermordet.

An Präsident Putins Händen klebt Blut. Das Blut unschuldiger Ukrainerinnen und Ukrainer, die getötet wurden, als sie ihre Familien, Häuser und ihr Land verteidigten. Und das Blut der Soldatinnen und Soldaten, die er unnötig in den Tod geschickt hat.

Unsere Gedanken sind bei allen Opfern und ihren Angehörigen. Und das Vereinigte Königreich ist sich mit seinen Partnern und mit den Menschen in der ganzen Welt einig in der Verurteilung der Vorgehensweise der russischen Regierung.

Seit unserem letzten Treffen hat die Ukraine weitere schreckliche Angriffe erlebt. Raketen und Luftangriffe haben Wohnanlagen zerstört. Panzer sind in einstmals friedliche Städte gerollt.

Präsident Putins Entscheidung, unterschiedslos zivile Gebiete unter Beschuss zu nehmen, fordert einen verheerenden humanitären Tribut.

Die Zahl der Opfer unter der Zivilbevölkerung steigt mit jeder Stunde. In der Zeit vom 24. Februar bis zum 5. März meldete das Büro des Hohen Kommissars für

Menschenrechte mindestens 1 123 zivile Opfer, darunter 364 Todesopfer. Die tatsächliche Zahl ist wahrscheinlich wesentlich höher.

Das UNHCR schätzt, dass bereits in zehn Tagen mehr als 1,5 Millionen Menschen aus der Ukraine in die Nachbarländer geflohen sind – es ist die am schnellsten wachsende Flüchtlingskrise in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg.

Nach dem humanitären Völkerrecht muss Russland ungehinderten Zugang für humanitäre Hilfe ermöglichen. Russland sollte auch den vor der Gewalt flüchtenden Zivilpersonen sichere Durchfahrt gewähren. Das ist aber nicht geschehen. Stattdessen wurden Waffenruhen vereinbart und dann immer wieder unverzüglich von den russischen Streitkräften verletzt. Die Evakuierung von Mariupol ist zwei Mal gescheitert.

Russland macht zwar andere dafür verantwortlich, aber die ganze Welt weiß, dass die russische Regierung berühmt-berüchtigt dafür ist, im Zuge einer rechtswidrigen und brutalen Invasion auch vor dem Beschuss unschuldiger Zivilisten nicht zurückzuschrecken und dies dann durch eklatante und skrupellose Desinformation zu leugnen.

Ich wiederhole unsere Aufforderung vom 27. Februar, die wir gemeinsam mit dem polnischen Vorsitz und 44 anderen Teilnehmerstaaten an die Russische Föderation gerichtet haben, eine unverzügliche Waffenruhe umzusetzen. Internationalen Organisationen, einschließlich der Sonderbeobachtermission in der Ukraine (SMM), die in der Ukraine bleibt, muss ebenfalls freies Geleit gewährt werden. Die Generalsekretärin hat erwähnt, dass traurigerweise das Büro der SMM in Mariupol getroffen wurde.

Wir müssen Russland zur Rechenschaft ziehen und dafür sorgen, dass die Kriegsverbrechen untersucht werden. Aus diesem Grund haben wir den Moskauer Mechanismus in Gang gesetzt und die bisher umfangreichste gemeinsame Unterbreitung einer Situation durch mehrere Vertragsstaaten beim Internationalen Strafgerichtshof eingebracht.

Wir werden auch die Menschen unterstützen, die es am dringendsten benötigen. Das Vereinigte Königreich hat 220 Mio. Pfund an Hilfsgeldern für die Ukraine bereitgestellt, wovon 120 Mio. Pfund für humanitäre Hilfe und 100 Mio. Pfund als Unterstützung der ukrainischen Wirtschaft bestimmt sind. Ferner haben wir heute eine weitere Zuwendung in Höhe von 100 Millionen USD (74 Mio. Pfund) direkt an den Haushalt der ukrainischen Regierung zur Abschwächung des finanziellen Drucks angekündigt, der durch die unprovokierte und illegale russische Invasion entstanden ist.

Herr Vorsitzender, seit unserem letzten Treffen haben die russischen Streitkräfte auch einen Angriff auf das größte Kernkraftwerk Europas verübt. Dieser Angriff hätte den Lauf der Geschichte verändern können.

Wir sind den ukrainischen Behörden dankbar, dass sie das Feuer unter Kontrolle gebracht haben. Wir sind erleichtert, dass – wie sie berichten – kein radioaktives Material freigesetzt wurde und die Sicherheitssysteme von Saporischschja nicht betroffen sind.

Das ist das erste Mal, dass ein Staat ein mit Brennstäben bestücktes und laufendes Kernkraftwerk unter eklatanter Missachtung des Völkerrechts und des besonderen Schutzes für kerntechnische Anlagen angegriffen hat. Das darf nie wieder geschehen. Und Russland

muss den zuständigen ukrainischen Behörden die volle Kontrolle über alle Nuklearanlagen in der Ukraine zurückgeben.

Herr Vorsitzender, seit unserem letzten Treffen hat Präsident Putin auch erklärt, dass sein Krieg nach Plan verlaufe.

Jeder hier weiß, dass das bei Weitem nicht stimmt. Und die Einschränkungen, mit denen Präsident Putin die Freiheit der russischen Bevölkerung, darunter den Zugang zu Informationen, beschneidet, zeigen, dass er das auch weiß.

Am Wochenende hat Präsident Putin Gesetze verabschiedet, die die Freiheiten der russischen Bevölkerung und der Medien weiter einschränken. Der russische Staat versucht, die Berichterstattung über den Konflikt so weit wie möglich zu reduzieren und die Auswirkungen seiner Invasion vor der russischen Bevölkerung geheimzuhalten.

Die russischen Behörden verfolgen auch weiterhin jene tapferen Russinnen und Russen, die sich dem Krieg entgegenstellen. Nach Angaben des russischen Innenministeriums wurden gestern über 3 500 Demonstrantinnen und Demonstranten in ganz Russland bei Protesten festgenommen. Und wir haben Beispiele von Einschüchterung durch die Polizei gesehen, Bilder, die zeigen, wie ein Demonstrant in Jekaterinburg von Polizisten in Kampfausrüstung zu Boden geschlagen wird.

Herr Vorsitzender, wir werden dafür sorgen, dass die russische Regierung den Preis für ihr Vorgehen zahlen muss. Das Vereinigte Königreich steht an der Seite des ukrainischen Volkes. Und Freunde und Verbündete in aller Welt stimmen in unsere Empörung ein. Wir werden mit unseren Partnern zusammenarbeiten – egal wie lange es dauert –, um sicherzustellen, dass die Souveränität und Unabhängigkeit der Ukraine wiederhergestellt wird.

---

**1361. Plenarsitzung**

StR-Journal Nr. 1361, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION DER VEREINIGTEN STAATEN VON AMERIKA**

Heute ist der zwölfte Tag des durch nichts provozierten Krieges von Präsident Putin gegen die Ukraine. Die Brutalität dieses Krieges ist abscheulich und herzzerreißend zugleich. Kinder wurden getötet, Großeltern aus ihren Häusern vertrieben, Familien angesichts der unaufhörlichen Angriffe auf die zivile Infrastruktur gezwungen, ihr Land zu verlassen. Der Hohe Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen gab am 6. März bekannt, dass die Zahl der Flüchtlinge bereits mehr als 1,5 Mio. ausmache und weiter ansteige; am 5. März betrug die Zahl der Binnenvertriebenen ebenfalls bereits fast 1,5 Mio.

Die Skrupellosigkeit des Vorgehens ist absolut unfassbar. Am Samstag und Sonntag stimmte Russland der Einrichtung eines humanitären Korridors aus Wolnowacha und Mariupol zu, bombardierte aber dann die betreffende Straße genau zu dem Zeitpunkt, als die Zivilistinnen und Zivilisten auf ihr aus der Stadt flüchteten. Die reine Bosheit. Heute hat die Russische Föderation vorgeschlagen, und das ist der Gipfel des Zynismus, die Ukrainerinnen und Ukrainer sollten sich in Russland oder Belarus vor der russischen Aggression in Sicherheit bringen.

Vergangenen Donnerstag hat eine Rekordzahl von 45 Teilnehmerstaaten den Moskauer Mechanismus in Gang gesetzt, um alle Verstöße und Verletzungen der Menschenrechte und des humanitären Völkerrechts sowie mögliche Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit, die möglicherweise von den russischen Streitkräften mit der Unterstützung Belarus' auf dem Hoheitsgebiet der Ukraine verübt wurden, zu dokumentieren und Beweise dafür zu sammeln. Mit diesem Mechanismus wird der Sachverhalt sorgfältig ermittelt und ein schriftlicher Bericht verfasst, so dass internationale Institutionen, darunter der Internationale Strafgerichtshof und der Internationale Gerichtshof, mit den Fällen befasst und Einzelpersonen auf allen Ebenen zur Rechenschaft gezogen werden können. Der Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen hat auch eine Untersuchungskommission mit ähnlichen Zielen eingesetzt, und wir werden für die Zusammenarbeit und gegenseitige Ergänzung dieser Rechenschaftsmechanismen sorgen.

Werte Kolleginnen und Kollegen, wir haben alle die moralische Verpflichtung, jetzt zu handeln. Zu den vielen Frühwarnsignalen bei Massenverbrechen zählen Aussagen, mit denen einer Nation ihr Existenzrecht abgesprochen wird. Die Menschheit hat diese Art von Argumentation bereits erlebt, und es ist schockierend, dass sie sich heute in unserer Zeit

wiederholt. Wir haben auch die Kriegspropagandistinnen und -propagandisten der Russischen Föderation, darunter einige in genau diesem Forum, gehört, wie sie mit in grotesker Weise irreführenden Aussagen die Tatsachen verdrehen. Auch das war schon einmal da. Ich möchte den russischen Vertreter fragen, ob er wirklich glaubt, dass die durch russische Raketen getöteten Kinder „Terroristinnen und Terroristen“ waren? Ist der jüdische Präsident der Ukraine ein „Nazi“? Kann er uns erklären, inwiefern russische Artillerieangriffe auf zivile Wohnhäuser in Charkiw eine „Befreiung“ sein sollen? Ich ersuche ihn, uns eine Erklärung für die Zerstörung der Basisinfrastruktur zu geben, die Finsternis über umkämpfte Städte wie Mariupol gebracht haben, wo sich nun Zivilisten in behelfsmäßig eingerichteten Bunkern ohne Essen und Wasser versteckt halten. Und wie es sein kann, dass Europas größtes Kernkraftwerk zum aktiven Kriegsgebiet wurde. Die Vorgehensweise der russischen Regierung war außerordentlich ruchlos und gefährlich. Die Sicherheit der Zivilbevölkerung in der Region und darüber hinaus hätte dadurch extrem gefährdet werden können. Russland muss diesen Krieg beenden, seine Truppen unverzüglich abziehen und zum Weg der Diplomatie zurückkehren.

Am Sonntagmorgen behauptete die russische Regierung plötzlich ohne auch nur den geringsten Beweis, es hätte seitens der ukrainischen Regierung Pläne für den Bau einer „schmutzigen Bombe“ gegeben und dass dies der Grund für die russischen Angriffe auf die ukrainischen Kernkraftwerke gewesen sei. Ernsthaft? Kein einziger Beweis wurde dafür erbracht, und Russland glaubt, die Welt schenke ihm Glauben, nur weil es das einfach so behauptet? Diese lächerliche Behauptung ist nur die letzte Lüge, mit der der Kreml hausieren geht, um seine unvertretbare Vorgehensweise in der Ukraine zu rechtfertigen. Die entscheidende internationale Quelle glaubwürdiger Informationen über das Nuklearprogramm der Ukraine, die Internationale Atomenergie-Organisation, hat uns mehrfach versichert, sie habe keinerlei Hinweis auf eine mögliche Gefahr der Verbreitung von Kernmaterial durch die Ukraine gefunden.

Es gibt keine glaubwürdigen Erklärungen und keine Rechtfertigung für diese Handlungen. Es gibt keine „militärische Spezialoperation“, nur einen offenen Angriffskrieg.

Herr Vorsitzender, die Brandreden des Vertreters der Russischen Föderation, mit denen versucht wird, etwas zu rechtfertigen, was nicht zu rechtfertigen ist, gehören nicht in dieses Gremium. Ich wiederhole, was ich letzte Woche gesagt habe: Keine einzige Person in diesem Raum glaubt auch nur ein Wort dieser verzerrten Darstellungen. Ich befürchte, die wahre Absicht hinter seiner Rede hier ist nicht, irgendjemanden in diesem Gremium zu überzeugen – das könnte er auch gar nicht –, sondern vielmehr, um über das Netz staatlich kontrollierter Medien neue Lügengeschichten für das russische Publikum aufzubereiten. Über diese Orwellsche Rückkoppelungsschleife werden durch die Wiederaufbereitung der Aussagen der Kreml-Propagandisten toxische Lügen verbreitet und den russischen Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern kontinuierlich Unwahrheiten und Fehlinformationen vorgesetzt.

Der große tschechische Dissident und spätere Präsident Vaclav Havel, übrigens einer meiner persönlichen Helden, schrieb einst: „Wenn die tragende Säule des Systems darin besteht, in der Lüge zu leben, dann ist es nicht verwunderlich, dass dessen größte Bedrohung ein Leben in der Wahrheit ist. Darum muss die Wahrheit stärker als alles andere unterdrückt werden.“ Und genau das erleben wir heute. Russlands Zensurbehörde hat unabhängige Medienunternehmen zerschlagen, soziale Medien blockiert und den Zugang zu internationalen Nachrichtensendern eingeschränkt. Berühmte unabhängige Stimmen wie Echo

Moskwy und der Fernsehkanal Doschd, angesehene internationale Medien wie die BBC sowie Social-Media-Plattformen wie Facebook und Twitter werden nun aus dem russischen Informationsökosystem verbannt. Nach einem neuen Gesetz können einfache Russinnen und Russen, die dem erfundenen Narrativ des Kreml über die Invasion widersprechen, mit bis zu 15 Jahren Freiheitsentzug bestraft werden. Der Krieg gegen die Ukraine ist auch ein Krieg gegen die Wahrheit.

Werte Kolleginnen und Kollegen, Außenminister Kuleba sagte kürzlich: „Die Ukraine wird diesen Krieg so oder so gewinnen, denn es ist der Krieg des Volkes um sein Land ... Die Frage ist nur, um welchen Preis.“ Er hat Recht. Die Ukrainerinnen und Ukrainer werden sich nicht einem tyrannischen Regime unterwerfen. Sie werden ihre Häuser, ihre Nachbarn, ihre Städte und ihr Land gegen eine fremde Gewaltherrschaft verteidigen. Die Entschlossenheit der westlichen Gemeinschaft ist stärker denn je zuvor. Wir werden der Ukraine weiterhin zur Seite stehen, noch zügiger sicherheitstechnische und humanitäre Hilfe leisten, die Handelsbeziehungen mit Russland unterbinden und Russlands Rüstungsindustrie auf Jahre hinaus schwächen. Wir wappnen uns dafür, einen langen Atem zu beweisen, auch wenn wir jetzt rasch handeln.

Herr Vorsitzender, der Begriff „freie Welt“ klingt nach einer vergangenen Ära, aber täuschen wir uns nicht: die Ukrainerinnen und Ukrainer kämpfen für die freie Welt, nicht nur die ihre, sondern auch die unsere.

Ich ersuche um Aufnahme dieser Erklärung als Anhang in das Journal des Tages.

Danke.

---

**1361. Plenarsitzung**

StR-Journal Nr. 1361, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION ISLANDS**

Herr Vorsitzender,

Island schließt sich der Erklärung der Europäischen Union an; erlauben Sie mir jedoch einige Anmerkungen in eigener Funktion hinzuzufügen.

Herr Vorsitzender,  
werte Kolleginnen und Kollegen,

wie so viele andere haben auch wir die Invasion Russlands in der Ukraine aufs Schärfste verurteilt und unsere volle Unterstützung für das ukrainische Volk zum Ausdruck gebracht.

Der Krieg Russlands verletzt nicht nur die Grundprinzipien der Souveränität und Selbstbestimmung der Völker, die Art, wie er geführt wird, geht auch, wie wir in den vergangenen Tagen besonders deutlich festgestellt haben, mit schwerwiegenden Verstößen gegen das humanitäre Völkerrecht einher.

Die gegenwärtige Lage ist, dass Russland Zivilpersonen ins Visier nimmt und tötet. Häuser, Schulen und Gesundheitseinrichtungen werden angegriffen. Ukrainerinnen und Ukrainer, die sich in Sicherheit bringen wollen, können das nicht gefahrlos tun, da Russland die Vereinbarungen, sichere Durchfahrt zu gewähren, nicht einhält.

Und all das passiert direkt vor unseren Augen.

Die russische Regierung ist sich ihrer schwerwiegenden Verstöße voll und ganz bewusst und ergreift nun drastische Maßnahmen, um ihren eigenen Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern Informationen vorzuhalten, indem sie hart gegen Medienfreiheit, das Recht auf friedliche Versammlung und das Recht auf Meinungsfreiheit und freie Meinungsäußerung vorgeht.

Die Achtung internationaler Menschenrechtsnormen und des humanitären Völkerrechts ist nicht optional. Zivilpersonen, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter humanitärer Hilfsorganisationen und medizinisches Personal dürfen niemals zur Zielscheibe werden. Es

müssen alle Vorsichtsmaßnahmen getroffen werden, um ihre Sicherheit, so auch ihre sichere Durchfahrt, zu gewährleisten. Ungehinderter Zugang zu humanitärer Hilfe sowie Bewegungsfreiheit müssen ebenfalls gewährleistet werden.

Wir sind entsetzt über die humanitäre Krise, die sich bereits auf das Leben hunderttausender Menschen auswirkt, und die ständig steigende Anzahl von ukrainischen Flüchtlingen und Binnenvertriebenen, die gezwungen sind, ihre Heimstätten zu verlassen, um sich vor den Bombardierungen und der militärischen Aggression Russlands in Sicherheit zu bringen.

Wir rufen die Russische Föderation auf, das humanitäre Völkerrecht zu achten und unverzüglich jedwede Angriffe auf Zivilpersonen, zivile Infrastruktur und zivile Objekte einzustellen.

Ich denke, es ist nicht notwendig, erneut auf die umfangreiche Arbeit und die umfassenden Erörterungen hier in der OSZE und andernorts betreffend die entscheidende Bedeutung der Agenda Frauen und Frieden und Sicherheit in Zeiten wie diesen hinzuweisen. Darauf dürfen wir nicht vergessen.

*Slawa Ukrajini.*

Herr Vorsitzender, ich ersuche Sie höflich um Beifügung meiner Erklärung zum Journal des Tages.

Danke.

---

**1361. Plenarsitzung**

StR-Journal Nr. 1361, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION VON SAN MARINO**

Herr Vorsitzender,

die Republik San Marino hat sich der Erklärung der Europäischen Union angeschlossen; wir möchten jedoch namens unseres eigenen Landes noch einige Anmerkungen hinzufügen.

Wir sind zutiefst bedrückt angesichts der humanitären Lage, die nach der Invasion Russlands in der Ukraine entstanden ist.

Wir sind erschüttert über die laufenden Berichte über zivile Opfer, die uns von der Kriegsfront erreichen.

Gleichzeitig wollen wir unseren Dank für die derzeit vor Ort geleistete Arbeit der Journalistinnen und Journalisten und anderer Angehöriger der Medienberufe zum Ausdruck bringen, die ihr Leben riskieren, indem sie dafür sorgen, dass die begangenen schweren Menschenrechtsverletzungen dokumentiert werden.

San Marino ist unter den 45 Ländern, die letzte Woche den Moskauer Mechanismus aktiviert haben, und wir begrüßen jedwede Initiative, um das tatsächliche Ausmaß dieser Rechtsverletzungen zu ermitteln.

Viele Länder haben große Solidarität mit dem ukrainischen Volk bewiesen und nehmen Familien, die vor dem Krieg flüchten, auf.

San Marino hat auch bereits damit begonnen, aus der Ukraine kommende Menschen aufzunehmen und mit ihren Verwandten, die bereits in unserem Land leben, zusammenzuführen. Diesen Menschen werden kostenloser Zugang zu medizinischer Versorgung, soziale und Gesundheitsversorgung, das Recht auf Bildung und andere als wesentlich erachtete Sozialleistungen gewährt.

In erneuter Bekräftigung seiner Unterstützung für die Souveränität, die territoriale Integrität, die Einheit und Unabhängigkeit der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen ruft San Marino erneut zur unverzüglichen Beendigung des Krieges

und Fortsetzung der Verhandlungen auf, so dass eine Lösung ohne weiteres Blutvergießen gefunden werden kann.

Ich bitte höflich um Aufnahme unserer Erklärung in das Journal der heutigen Sitzung.

**1361. Plenarsitzung**

StR-Journal Nr. 1361, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION MONTENEGROS**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

Montenegro schließt sich der Erklärung der Vertretung der Europäischen Union (EU) an; ich möchte jedoch einige Bemerkungen hinzufügen.

Lassen Sie mich zunächst nochmals betonen, dass wir die andauernde Aggression und die widerrechtliche und unprovokierte Invasion Russlands in der Ukraine mit aller Entschiedenheit verurteilen. Durch seine rechtswidrigen militärischen Handlungen verletzt Russland das Völkerrecht, die Grundsätze der regelbasierten internationalen Ordnung und die Charta der Vereinten Nationen selbst. Wir verurteilen Russland sowie die Beteiligung von Belarus an dieser Aggression gegen die Ukraine und fordern sie auf, sich an ihre völkerrechtlichen Verpflichtungen zu halten.

Der Angriff auf die Ukraine ist daher ein Angriff auf unsere europäische und globale Sicherheit und Stabilität sowie ein Angriff auf die Kernprinzipien der internationalen Menschenrechtsnormen und des humanitären Völkerrechts. Der militärische Angriff Russlands auf die Ukraine hat bereits eine alarmierende Zahl an Toten, Verletzten, Binnenvertriebenen und Flüchtlingen sowie Schäden in großem Ausmaß an kritischer ziviler Infrastruktur verursacht.

Ferner sind wir zutiefst besorgt angesichts der dokumentierten Verletzungen an einer ganzen Reihe grundlegender Menschenrechte infolge der fortgesetzten Bombardierung und des fortgesetzten Artilleriebeschusses in zivilen Wohngebieten.

Daran erinnernd, dass internationale Menschenrechtsnormen und das humanitäre Völkerrecht einander ergänzen und verstärken, fordert Montenegro Russland und die von Russland unterstützten bewaffneten Formationen auf, ihren einschlägigen Verpflichtungen nach dem Völkerrecht vollständig nachzukommen. Unterschiedslose Angriffe auf Zivilpersonen und zivile Objekte sind ein eindeutiger Verstoß gegen das humanitäre Völkerrecht. In diesem Zusammenhang fordern wir Russland auch auf, die Kampfhandlungen unverzüglich zu beenden, alle seine Streitkräfte und seine gesamte militärische Ausrüstung bedingungslos aus dem gesamten Hoheitsgebiet der Ukraine abzuziehen und seine Desinformationskampagne und seine Cyberangriffe einzustellen.

Die montenegrinische Regierung hat sich den EU-Sanktionen gegen Russland vollumfänglich angeschlossen und beteiligt sich an allen Bemühungen der Verbündeten und Partner, die darauf abzielen, der Ukraine dabei zu helfen, sich gegen sämtliche ihre Unabhängigkeit gefährdenden Angriffe sowie Russlands Völkerrechtsverletzungen zur Wehr zu setzen. Wie ich in meiner Erklärung letzte Woche festgestellt habe und wie einige meiner Kolleginnen und Kollegen heute gesagt haben, sind die gesamte europäische Sicherheitsarchitektur und die regelbasierte internationale Ordnung in Gefahr.

Dies ist keine ukrainische Krise, auch keine rein europäische Sicherheitskrise, sondern viel mehr als das.

Herr Vorsitzender,

Montenegro war ein sicherer Hafen für alle, die vor den Kriegen in den 1990er-Jahren geflohen sind. Wir nahmen damals über 100 000 Flüchtlinge und Vertriebene auf, was mehr als 20 % unserer gesamten Bevölkerung ausmachte. Es fällt uns schwer, einen anderen Ansatz als den der Solidarität und Unterstützung für die schutzbedürftigsten Personen zu verstehen und hinzunehmen. Daher sind wir heute genauso wie in den 1990er-Jahren bereit, die humanitäre Last mitzutragen und ukrainische Flüchtlinge aufzunehmen. Diesbezüglich haben wir bereits konkrete Schritte gesetzt, um sie aufzunehmen, und es werden weitere Aktivitäten geplant. Eine kleine Anzahl von Flüchtlingen haben bereits das Land erreicht und sich bei Verwandten niedergelassen, zumal in Montenegro über 5 300 ukrainische Bürgerinnen und Bürger leben.

Zusätzlich beteiligt sich Montenegro an Hilfsmaßnahmen, mit denen die Ukraine finanziell unterstützt wird, mit Schutzausrüstung zur Verteidigung – in erster Linie Schutzwesten und kugelsicheren Helmen, Artikeln des täglichen Bedarfs und Lebensmitteln.

Herr Vorsitzender,

die Menschen in der Ukraine haben bis jetzt gekämpft und werden nicht aufgeben, weil sie an das glauben, wofür sie kämpfen. Für Freiheit, Demokratie und die Möglichkeit, über ihre eigene Zukunft zu entscheiden. Wir begrüßen den Mut der Ukraine, ihre Unabhängigkeit zu schützen, und aufgrund unserer eigenen Geschichte verstehen wir ihren Kampf und ihre Entschlossenheit sehr gut.

Herr Vorsitzender,

Montenegro bekräftigt seine unerschütterliche Unterstützung für die Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen. Wir bekräftigen die Aufforderung an die Russische Föderation, raschen, sicheren und ungehinderten Zugang für die Lieferung humanitärer Hilfe an die Notleidenden zu erleichtern und humanitäre Korridore zu öffnen und Zivilpersonen sowie den verbleibenden Mitgliedern der Sonderbeobachtermission in der Ukraine die sichere Durchreise zu gewähren.

Wir möchten Polen und Moldau als den am stärksten exponierten Ländern unsere tief empfundene Wertschätzung ausdrücken. Sie verrichten die notwendige Arbeit, um der Ukraine Hilfe im Sicherheitsbereich zu leisten und auf diese Krise zu reagieren.

Nicht zuletzt möchte ich besonders den polnischen Vorsitz und die Generalsekretärin hervorheben und ihnen für ihre unermüdlichen Bemühungen in dieser letzten Zeit danken.

Ich ersuche höflich, diese Erklärung dem Journal des Tages beizufügen.

Danke, Herr Vorsitzender.

---

**1361. Plenarsitzung**

StR-Journal Nr. 1361, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION MOLDAUS**

Herr Vorsitzender,

bereits in den ersten Stunden der militärischen Aktionen hat die Republik Moldau den kriegerischen Akt der Russischen Föderation gegen die Ukraine aufs Schärfste verurteilt. Dieses Vorgehen ist ein schwerer Verstoß gegen das Völkerrecht und eine eklatante Verletzung der Grundprinzipien unserer Organisation. Wir haben die Russische Föderation aufgefordert, den Einsatz militärischer Gewalt sofort zu beenden. Wir werden weiterhin zu Dialog und friedlichen Lösungen aufrufen; sie sind das einzige Mittel, um Frieden und Stabilität auf unserem Kontinent zu gewährleisten

Der Krieg in der Ukraine findet direkt an der Grenze zu meinem Land statt.

Als Organe eines neutralen Landes – die Neutralität ist ein in unserer Verfassung verankertes Prinzip – haben die moldauischen Behörden alle ihre Bemühungen darauf konzentriert, den Menschen zu helfen, die direkt von dem bewaffneten Angriff in der Ukraine betroffen sind und Zuflucht suchen.

Über 250 000 Menschen haben seit Kriegsbeginn unsere Grenze überquert. Ungefähr die Hälfte davon haben beschlossen, in Moldau zu bleiben. Das macht 4 Prozent unserer Bevölkerung aus. Der Großteil von ihnen sind Frauen und Kinder. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Öffentlichen Dienstes, Grenz- und Zollbeamte, Ärztinnen und Ärzte, Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter, lokale Behörden, Diplomatinen und Diplomaten, aber auch viele Freiwillige haben sich engagiert, um den vor dem Krieg flüchtenden Menschen zu helfen. Tausende Menschen im ganzen Land machen mit und nehmen in dieser Zeit Ukrainerinnen und Ukrainer bei sich auf.

Es ist eine beachtliche Anstrengung für ein Land mit einer Bevölkerung von weniger als drei Millionen Menschen. Trotz der großen Herausforderungen sind wir entschlossen, ihnen zu helfen, und das werden wir so lange tun, wie es notwendig ist.

Gleichzeitig braucht die Republik Moldau unmittelbare und erhebliche Unterstützung der internationalen Staatengemeinschaft, um diese Herausforderungen zu bewältigen. Wir erhalten dieser Tage humanitäre Hilfe von unseren Partnern und sind sehr dankbar dafür.

Auf ähnliche Weise würden wir Hilfe im Hinblick auf die Umleitung des Stroms an Flüchtlingen benötigen, die bereit sind, in andere Länder mit größeren Aufnahmekapazitäten zu gehen. Nur durch gemeinsame, konsequente und rasche Bemühungen aller Partner können wir der Ukraine helfen, mit dieser großen humanitären Krise fertigzuwerden.

In erster Linie jedoch ist dringend die Hilfe und das Engagement der internationalen Gemeinschaft vonnöten, um die militärischen Aktionen zu beenden und den Frieden wiederherzustellen. Das ist es, was wir derzeit alle wollen. Das ist es, was alle verdient haben, insbesondere die Menschen in der Ukraine.

Wie Sie wissen, haben wir nicht nur Flüchtlinge aufgenommen; es wurde auch Personal der Sonderbeobachtermission in der Ukraine, darunter nationale Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, nach Moldau evakuiert. An die 500 Personen wurden auf unserem Hoheitsgebiet untergebracht, ein Teil davon ist bereits in ihre Heimatländer weitergereist.

Abschließend möchten wir unsere uneingeschränkte Solidarität mit der Ukraine, mit den ukrainischen Volk und mit ihrer demokratisch gewählten Regierung zum Ausdruck bringen. Die Republik Moldau bekräftigt ihre entschlossene und unverbrüchliche Unterstützung für die Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen.

Ich ersuche um Aufnahme dieser Erklärung als Anhang in das Journal des Tages.

Danke.

**1361. Plenarsitzung**

StR-Journal Nr. 1361, Punkt 2 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION DER RUSSISCHEN FÖDERATION**

Herr Vorsitzender,

ich kann nur meine tiefe Enttäuschung über die Erklärung des Amtierenden Vorsitzenden der OSZE, des polnischen Außenministers Zbigniew Rau, vor der Presse im Anschluss an sein Gespräch mit dem Außenminister der Vereinigten Staaten, Antony J. Blinken, am 5. März zum Ausdruck bringen. Erklären Sie mir bitte, wie ein Land, das den OSZE-Vorsitz innehat, „Maßnahmen“ – wie Rau es ausdrückte – gegen einen Teilnehmerstaat der Organisation „koordinieren“ kann („[B]ei unserem Treffen mit Außenminister Blinken ging es um die Koordinierung von Maßnahmen in Reaktion auf die russische Aggression gegen die Ukraine [...] [W]ir haben die wichtigsten Fragen ... sowohl hinsichtlich der polnisch-amerikanischen bilateralen Beziehungen als auch der Zusammenarbeit zwischen den NATO-Verbündeten sowie im Hinblick auf die Koordinierung der politischen Aktivitäten in der OSZE angesprochen“). Damit verstößt Polen in ungeheurer Weise gegen das Mandat des amtierenden Vorsizes der OSZE, das auf dem Ministerstatstreffen in Porto 2002 verabschiedet wurde, sowie gegen den Beschluss Nr. 485 des Ständigen Rates über öffentliche Erklärungen. Der eigentliche Sinn der Arbeit des Vorsizes besteht darin, Meinungsverschiedenheiten zwischen den Teilnehmerstaaten zu lösen und eine Annäherung herbeizuführen – und ganz sicher nicht darin, die Konfrontation durch eigene parteiliche Schritte noch weiter zu schüren, geschweige denn sich an die Spitze der anti-russischen Bestrebungen in der OSZE zu stellen. Wir fordern die Vertreterinnen und Vertreter des Vorsizes nachdrücklich auf, die OSZE, die unter den gegenwärtigen Umständen fast die einzige Plattform bleibt, auf der ein gesamteuropäischer Dialog möglich ist, nicht weiter zu demolieren. Denken Sie über die weitreichenden Folgen Ihres Handelns nach, das darauf abzielt, die Grundlagen der Zusammenarbeit im Interesse der Sicherheit aller Länder zu zerstören.

Anstatt extrem konfrontative Erklärungen abzugeben, sollte der Vorsitz – im Einklang mit seinen Prioritäten, namentlich der Unterstützung der vom Konflikt betroffenen Zivilbevölkerung – unverzüglich politische Unterstützung für die sichere Evakuierung der Zivilbevölkerung aus den Kampfgebieten leisten.

Trotz der ständigen Bemühungen der Streitkräfte der Russischen Föderation, die alles tun, um die Zivilbevölkerung während der militärischen Spezialoperation zu schützen, hat die

humanitäre Lage in der Ukraine aufgrund der kriminellen Handlungen des Kyjiwer Regimes und der bewaffneten Formationen der Nationalisten einen kritischen Punkt erreicht. Die ukrainische Regierung ergreift keine wirksamen Maßnahmen zur Evakuierung der Menschen und weigert sich, ihren Einfluss auf die Nationalisten geltend zu machen, die die Bevölkerung weiterhin als „menschliche Schutzschilde“ benutzen. In ukrainischen Städten wurden Ausgangssperren verhängt; in vielen von ihnen wurden von der Zivilbevölkerung genutzte Brücken gesprengt, Fluchtwege wurden vermint, und der Zivilbevölkerung werden physische Repressalien angedroht.

Am schlimmsten ist die humanitäre Lage in Kyjiw und Umgebung, Charkiw, Sumy, Tschernihiw, Wolnowacha und Mariupol. Das Kyjiwer Regime ist kaum noch in der Lage, die für die Regionen und Bezirke des Landes zuständigen Verwaltungen zu steuern; die lokalen Behörden sind außerstande, einfache soziale Probleme des täglichen Lebens zu lösen.

In den meisten ukrainischen Städten kommt es zu Ausschreitungen der sogenannten Territorialverteidigungsbataillone der Nationalisten – im Grunde genommen kriminelle Banden. Diese Bataillone wurden übrigens in Komplizenschaft mit und unter der Anleitung sogenannter Militärberaterinnen und -berater und Ausbilderinnen und Ausbilder der NATO geschaffen. Zehntausende von Menschen, darunter auch Ausländerinnen und Ausländer, wurden zu Geiseln gemacht; die Behörden haben Angst vor den Radikalen und helfen nicht bei der Einrichtung humanitärer Korridore. So werden beispielsweise mehr als 6 000 junge Menschen, darunter auch ausländische Studierende, im Bahnhof von Charkiw festgehalten. Nationalistinnen und Nationalisten in Cherson versuchen die Bereitstellung humanitärer Hilfe aus Russland durch Einschüchterung der örtlichen Bevölkerung zu verhindern.

Am 5. März wurde in Mariupol und Wolnowacha eine Waffenruhe geschlossen und humanitäre Korridore für die Evakuierung der Zivilbevölkerung geöffnet. Die Menschen konnten diese Korridore jedoch nicht benutzen: Nur ein paar Hundert schafften es, durch den anhaltenden Kugelhagel nach draußen zu gelangen, obwohl das Internationale Rote Kreuz mit bis zu 200 000 Evakuierten gerechnet hatte. Am 6. März hat sich die Situation nicht verbessert. Die Nationalistinnen und Nationalisten lassen nicht nur keine Zivilpersonen frei, die sie zwingen, in Kellern zu hocken, sondern sie nutzen die Waffenruhe aus, um ihre Stellungen zu verstärken. Darüber hinaus haben sie wiederholt gegen die Waffenruhe in den für humanitäre Korridore vorgesehenen Zonen verstoßen. Wir nehmen die Erklärungen der ukrainischen Behörden zur Kenntnis, sie würden, trotz der Unterbrechung der Evakuierung aus Mariupol, humanitäre Korridore für die Ausreise aus Sumy, Charkiw, Cherson und den Vororten von Kyjiw vorbereiten. Dies hat die stellvertretende Ministerpräsidentin Iryna Wereschtschuk bekanntgegeben. In der Realität sieht die Situation jedoch ganz anders aus. Die ukrainische Seite weigert sich kategorisch, bei Evakuierungen aus Charkiw und Sumy, wo Tausende von Menschen festgehalten werden, zu kooperieren. Sie liefert den Einwohnerinnen und Einwohner von Mariupol Falschinformationen über einen angeblichen Aufschub der Evakuierung. Um die Zivil- und die ausländische Bevölkerung zu demoralisieren, erscheinen in den ukrainischen Medien Berichte über die Einrichtung von Lagern durch die ukrainische Regierung, in denen diejenigen interniert werden sollen, die das Regime nicht unterstützen.

Ab heute, dem 7. März, um 10 Uhr hat Russland erneut humanitäre Korridore geöffnet. Es gibt sechs davon: einen von Kyjiw nach Homiel, zwei von Mariupol nach Saporischschja beziehungsweise Rostow am Don, einen von Charkiw nach Belgrod und

zwei von Sumy nach Belgorod beziehungsweise Poltawa. Wir sind mehr als verwundert über die Äußerungen von Frau Wereschtschuk, die sich gegen die Öffnung von Korridoren für die Ausreise von Menschen nach Russland ausspricht. Die ukrainischen Behörden haben dann auch noch unterstrichen, dass sie die Einrichtung der von Russland vorgeschlagenen humanitären Korridore ablehnen.

Laut vorliegenden Informationen bereitet der ukrainische Sicherheitsdienst zusammen mit Kämpferinnen und Kämpfern des Asow-Bataillons eine Provokation vor, bei der die Gegend um Charkiw radioaktiv verseucht werden könnte, indem der Reaktor der Fakultät für Physik und Technologie in Charkiw in die Luft gesprengt und anschließend die russischen Streitkräfte beschuldigt werden sollen, ihn mit einer Rakete getroffen zu haben. Bereits am 6. März sind ausländische Journalistinnen und Journalisten in Charkiw eingetroffen, um diesen mysteriösen Raketenangriff zu dokumentieren.

Sehr besorgniserregend sind die Berichte, dass Kämpferinnen und Kämpfer des nationalistischen Asow-Bataillons Wohngebäude in der Innenstadt von Mariupol, nahe den Parkplätzen in der Moskowskaja-Straße und der Siegesallee, verminen. Die Nationalisten haben rund 10 000 Antipersonenminen vom Typ PFM-1 („Lepestok“) verlegt. Einem 80-jähriger Rentner, Wladimir Karpow, gelang es am 6. März, Mariupol zu Fuß zu verlassen. Er sagte, die Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt würden ausgerottet werden. Außerdem sei dort außer der ukrainischen Seite niemand, der für den Beschuss von Menschen und Gebäuden, einschließlich internationaler Büroräumlichkeiten, verantwortlich sein könnte. Die Schilderungen des Rentners wurden kurz darauf bestätigt, als Asow-Kämpfer auf eine Kolonne von Zivilpersonen schossen, die Mariupol über einen humanitären Korridor entlang der Autobahn M23 in Richtung Nowoasowsk verlassen wollten.

Nach den vorliegenden Informationen wurden zwei Zivilpersonen getötet und vier verletzt. Zugleich sorgten Militärangehörige der Donezker Volksrepublik und der russischen Streitkräfte dafür, dass rund 150 Menschen die Stadt sicher verlassen konnten. Nicht weniger erschreckend ist die unmenschliche Behandlung von gefangenen und inhaftierten russischen Militärangehörigen durch ukrainische bewaffnete Verbände.

Bis heute werden Tausende von Ausländerinnen und Ausländern an Orten in der ganzen Ukraine als Geiseln gehalten. Die Fälle von Rassendiskriminierung haben sich vervielfacht; radikale Nationalistinnen und Nationalisten verhindern die Evakuierung von Ausländerinnen und Ausländern, insbesondere von Menschen dunkler Hautfarbe, aber auch von Bürgerinnen und Bürgern aus Indien, Israel, Indonesien, Pakistan und Ägypten. Auf dem Bahnhof von Charkiw eröffneten ukrainische Nazis das Feuer auf eine Gruppe indischer Staatsangehöriger. Mehr als 1 000 indische Studierende, die versuchen, auf eigene Faust nach Russland zu gelangen, sitzen in Pisotschyn bei Charkiw fest. In Sumy eröffneten Neonazis das Feuer auf ein Wohnheim, in dem indische Studierende untergebracht waren: Fünf von ihnen wurden verletzt, das Schicksal von weiteren 11 Studierenden ist ungeklärt. Bei dem Versuch, die Stadt zu verlassen und sich selbständig zum Grenzübergang Sudscha durchzuschlagen, wurde eine Gruppe pakistanischer Studierender (bis zu zwanzig Personen) von Nationalisten der „Territorialverteidigung“ zusammengeschlagen und in ihr Wohnheim zurückgebracht. Es gibt Informationen, wonach ukrainische Nationalistinnen und Nationalisten beabsichtigen, neun irakische Staatsangehörige, die in Sumy festgehalten werden, zu töten und die Schuld dafür dem russischen Militär zuzuschreiben. Ferner wird über

ethnische Säuberungen durch Radikale berichtet, die alle Menschen ohne ukrainischen Pass an einen unbekanntem Ort verschleppen.

Die OSZE kann diese unerträgliche Situation, in der Zivilpersonen als „menschliche Schutzschilde“ in Geiselschaft genommen werden, nicht tatenlos hinnehmen. Wir fordern den polnischen Vorsitz und die Generalsekretärin auf, unverzüglich so viel Druck wie möglich auf das Kyjiwer Regime auszuüben und es dazu zu bringen, diese kriminelle Praxis, mit der das humanitäre Völkerrecht mit Füßen getreten wird, zu beenden. Es muss sichergestellt werden, dass die ukrainischen bewaffneten Formationen, einschließlich der Nationalistinnen und Nationalisten, die Zivilbevölkerung nicht mehr als Schutzschild benutzen und dass die Zivilbevölkerung sicher über die eingerichteten humanitären Korridore evakuiert werden kann. Der gezielte Beschuss von Zivilpersonen in Tötungsabsicht verlangt nach einer unverzüglichen und absolut kategorischen Verurteilung.

Russland lässt seinerseits weiterhin nichts unversucht, um die Not der Zivilbevölkerung zu lindern. Seit dem 5. März können gemäß einem Erlass des russischen Präsidenten ausländische Staatsangehörige und Staatenlose aus der Volksrepublik Donezk, der Volksrepublik Luhansk und der Ukraine nach Russland einreisen und anschließend mit gültigen Ausreisepapieren in ihre Länder weiterreisen, ohne dass ein Visum ausgestellt werden muss.

Darüber hinaus unternehmen russische Regierungsstellen umfangreiche Anstrengungen, um humanitäre Hilfe für den Donbass und die Ukraine zu leisten. Ein Hauptquartier für die behördenübergreifende Koordinierung der humanitären Hilfe wurde in Betrieb genommen. Bis zum 6. März wurden über 800 Tonnen humanitäre Hilfsgüter aus Russland in die Ukraine geliefert und 110 humanitäre Aktionen in 123 Orten durchgeführt. Mehr als 168 000 Menschen, darunter über 43 000 Kinder, wurden aus den Gebieten, in denen die Spezialoperation stattfindet, evakuiert. Außerdem leistete Russland Unterstützung bei der Evakuierung des internationalen Personals der OSZE-Sonderbeobachtermission in der Ukraine (SMM). Das Personal von drei regionalen Beobacherteams der SMM konnte sicher in das Hoheitsgebiet der Russischen Föderation gelangen und reist nun in die jeweiligen Heimatländer weiter. Derzeit hat das gesamte internationale SMM-Personal das ukrainische Hoheitsgebiet verlassen; die Beobachterinnen und Beobachter der Mission nehmen physisch keine Beobachtungsaufgaben wahr.

Herr Vorsitzender,

am 6. März wurden im Rahmen der militärischen Spezialoperation Beweise dafür entdeckt, dass das Kyjiwer Regime Spuren des militärischen biologischen Programms, das in der Ukraine mit Mitteln des US-Verteidigungsministeriums durchgeführt wird, hastig beseitigt hat. Personalangehörige ukrainischer Biolabore legten am 24. Februar Informationen über die dringende Vernichtung besonders gefährlicher Erreger vor, die Pest, Milzbrand, Tularämie, Cholera und andere tödlichen Krankheiten hervorrufen. Sie wurden auf Geheiß hoher Amtsträgerinnen und Amtsträger des ukrainischen Gesundheitsministeriums in aller Eile entsorgt, offenbar um geheime biologische Experimente auf ukrainischem Staatsgebiet zu vertuschen. Mit der Vernichtung dieser gefährlichen Krankheitserreger wollten das Kyjiwer Regime und seine ausländischen Strippenzieher offensichtlich verhindern, dass Beweise für die Verletzung von Artikel 1 des Übereinkommens der Vereinten Nationen über das Verbot der Entwicklung, Herstellung und Lagerung bakteriologischer (biologischer) Waffen und von Toxinwaffen sowie über die Vernichtung solcher Waffen durch die

Vereinigten Staaten von Amerika und die Ukraine ans Licht kommen. Die sichergestellten Dokumente bestätigen, dass Komponenten von biologischen Waffen in unmittelbarer Nähe des russischen Hoheitsgebiets entwickelt wurden. Es wurde auch festgestellt, dass Labors der Zentralkommando für Gesundheit und Epidemiologie des ukrainischen Verteidigungsministeriums an dem biologischen Programm des US-Militärs beteiligt waren. Die Ergebnisse der Analyse der erhaltenen Dokumente werden in Kürze der Öffentlichkeit vorgestellt.

Westliche Länder haben mit der massiven Lieferung von tragbaren Stinger-Flugabwehrsystemen (MANPADS) und anderen tragbaren Systemen sowie von Javelin-, NLAW- (*Next Generation Light Anti-Tank Weapon*, Panzerabwehrlenkwaffen) und Carl-Gustaf-Panzerabwehrraketen begonnen. Die Organisatoren dieser Lieferungen sind sich sicherlich des wachsenden Risikos bewusst, dass diese Hochpräzisionswaffen nicht nur in der Ukraine, sondern in ganz Europa in die Hände von terroristischen Elementen und kriminellen Banden gelangen könnten. MANPADS stellen eine enorme Bedrohung für die zivile Luftfahrt dar, während Panzerabwehrraketensysteme eine ebenso große Gefahr für den Schienenverkehr und Infrastruktureinrichtungen bedeuten.

Darüber hinaus missachteten Beamte in den westlichen Hauptstädten auf eklatante Weise eine Reihe von internationalen Vereinbarungen, die darauf abzielen, das Risiko zu minimieren, dass MANPADS in die Hände von Terroristinnen und Terroristen und Kriminellen fallen. Dazu gehören die Resolution 62/40 der Generalversammlung der Vereinten Nationen aus dem Jahr 2007 über die Verhütung des unerlaubten Transfers tragbarer Flugabwehrsysteme, des unbefugten Zugangs zu ihnen und ihres unbefugten Einsatzes sowie die Elemente für Ausfuhrkontrollen von MANPADS aus dem Jahr 2003, die im Rahmen des Wassenaar-Arrangements über Ausfuhrkontrollen für konventionelle Waffen sowie Güter und Technologien mit doppeltem Verwendungszweck verabschiedet wurden.

Die genannten Instrumente sehen vor, dass die Ausfuhr von MANPADS auf nationaler Ebene streng kontrolliert wird, dass Informationen über den Zustand der Lagerbestände und über die Ausfuhr von MANPADS ausgetauscht werden, dass diese Art von Hightech-Waffen sicher gelagert wird und dass MANPADS-Bestände, die über das zur Gewährleistung der nationalen Sicherheit erforderliche Ausmaß hinausgehen, vernichtet werden.

In den frühen 2000er-Jahren wurden enorme Anstrengungen unternommen, um die MANPADS-Überschüsse in Bosnien und Herzegowina, Ungarn, Montenegro, Mazedonien, Kambodscha und Nicaragua zu vernichten – ein Unterfangen, das im Rahmen des Programms „Partnerschaft für den Frieden“ initiiert wurde. Allein in der Ukraine wurden damals rund 3 000 überschüssige MANPADS zerstört. Erwähnenswert ist auch das jahrelange Programm des US-Verteidigungsministeriums zum Rückkauf von Stinger-MANPADS von Mudschaheddin, Al-Qaida-Kämpfern und Kämpfern der Islamischen Bewegung Usbekistans, die die Vereinigten Staaten zuvor an Afghanistan geliefert hatten.

Auf Betreiben des gesamten Westens ist nun die massenhafte weltweite Verbreitung hochgefährlicher Waffen im Gange. Wir appellieren erneut an die Europäische Union und die NATO-Länder, das Kyjiwer Regime nicht weiter verantwortungslos mit modernsten Waffensystemen aufzurüsten, um die enormen Risiken für die internationale Zivilluftfahrt und andere Verkehrsverbindungen nicht nur in Europa, sondern auch darüber hinaus zu vermeiden.

Abschließend möchte ich die Bereitschaft Russlands bekräftigen, einen Dialog, nicht zuletzt mit unseren ausländischen Partnern, aufzunehmen, um die Krise in der Ukraine zu lösen. Wir weisen jedoch darauf hin, dass alle Versuche, den Verhandlungsprozess in die Länge zu ziehen, sinnlos sind und von den ukrainischen Militärs und den Bataillonen der Nationalisten dazu genutzt würden, sich neu zu formieren und ihre Stellungen zu verstärken. Im Rahmen der russisch-ukrainischen Kontakte in Belarus am 27. Februar und am 3. März wurden Fragen im Zusammenhang mit der Lösung der gegenwärtigen Situation erörtert, insbesondere die Einrichtung humanitärer Korridore, die der Zivilbevölkerung die Ausreise ermöglichen sollen. Wir gehen davon aus, dass die jüngste Runde von Kontakten mit ukrainischen Vertreterinnen und Vertretern, die heute begonnen hat, sich als fruchtbar erweisen und es ermöglichen wird, einem Frieden im Donbass näherzukommen und auch die Ukraine selbst wieder zu stabilisieren, wobei den bekannten Forderungen Russlands gebührend Rechnung zu tragen ist.

Ich ersuche, diese Erklärung dem Journal der heutigen Sondersitzung des Ständigen Rates als Anhang beizufügen.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

---

**1361. Plenarsitzung**

StR-Journal Nr. 1361, Punkt 2 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION LETTLANDS**

Danke, Herr Vorsitzender,

der verehrte russische Botschafter hat erwähnt, dass bisher eine andere Auslegung der Geschäftsordnung der OSZE üblich war.

Es war bisher auch üblich, keine anderen Staaten anzugreifen.

Der russische Botschafter rief erneut zu professioneller Diplomatie auf.

Meinem Verständnis nach bedeutet professionelle Diplomatie die Suche nach einer diplomatischen Lösung und nicht die Verteidigung von Kriegsverbrechern oder die Rechtfertigung von Kriegsverbrechen, wie Sie es derzeit tun.

Der russische Botschafter behauptete auch, Russland sei zum Dialog bereit.

Russland hat eine sehr interessante Auffassung von „Dialog“. Ich schlage vor, dass Sie ein anderes Wörterbuch für die Definition von „Dialog“ konsultieren.

Der russische Botschafter sprach von „antirussischer“ Stimmung.

Nun, ich weiß nichts von einer „antirussischen“ Stimmung. Ich weiß nur von einer Stimmung, die sich gegen Putin und gegen den Kreml richtet. Wenn Sie also eine antirussische Stimmung spüren, haben Sie sich jemals gefragt, warum? Haben Sie sich jemals gefragt, warum ukrainische Flüchtlinge in den Westen wollen und sich weigern, nach Russland oder Belarus zu gehen?

Der russische Botschafter sagte auch: „Denken Sie an die historischen Folgen Ihrer Handlungen.“

In der Tat.

Ein von den ukrainischen Streitkräften festgenommener russischer Kriegsgefangener sagte gestern im Interview, er würde es verstehen, wenn man Russland niemals verzeihen würde.

Ich möchte hinzufügen: als ob es nicht schon genug gäbe, was wir Russland im Zusammenhang mit dem zwanzigsten Jahrhundert zu verzeihen hätten.

Der russische Botschafter verwendete auch den Ausdruck „ethnische Säuberung“.

Ich lege Russland nahe, diese Worte erst beim Geständnis in Den Haag zu verwenden.

Es ist wirklich schade, dass Russland an den Anhörungen im heute vor dem Internationalen Gerichtshof eröffneten Verfahren der Ukraine gegen Russland nicht teilnahm und dass die für die Vertreterinnen und Vertreter Russlands vorgesehenen Plätze leer blieben.

Auch weil erstens Den Haag praktisch die einzige Stadt im Westen ist, in die Russinnen und Russen noch einreisen können. Und weil zweitens das eine Ihrer letzten Gelegenheiten ist, die frische Luft der Freiheit zu atmen. Nicht mehr lange, aber noch.

Ich danke Ihnen, Herr Vorsitzender, und ersuche, meine Erklärung dem Journal des Tages beizufügen.

---

**1361. Plenarsitzung**

StR-Journal Nr. 1361, Punkt 2 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION KANADAS**

Herr Vorsitzender,

es ist mehr als herablassend von unserem russischen Kollegen, wie er sich als Moralapostel aufspielt und alle hier im Saal auffordert, einen zivilisierten Dialog aufzunehmen, nachdem er gerade eine unerhörte und beleidigende Liste an Lügen heruntergerasselt hat. Lügen gehören nicht zu einem zivilisierten Dialog. Die russischen Behauptungen, die wir gerade gehört haben – es habe keine Gräueltaten an der ukrainischen Zivilbevölkerung gegeben, die Ukraine greife ihre eigenen Leute an, Russland habe in der Nähe der Grenze chemische Waffen gefunden – sind völlig frei erfunden. Es sind Lügen, die von der russischen Regierung erfunden und von unserem russischen Kollegen als Teil einer Desinformationskampagne verbreitet werden. Zunächst versuchte Russland, einen falschen Vorwand für den rechtswidrigen und ungerechtfertigten Krieg gegen das ukrainische Volk zu propagieren, nun werden die eigenen Taten in der Ukraine geleugnet und vermeintliche Handlungen der ukrainischen Regierung erfunden. All das sind verzweifelte Versuche, wie mein Kollege aus dem Vereinigten Königreich soeben sagte, etwas zu rechtfertigen, was nicht zu rechtfertigen ist: den durch nichts provozierten und durch nichts zu rechtfertigenden Angriff Russlands auf das ukrainische Volk.

Aber die Menschen in diesem Saal kennen die Wahrheit. Die ganze Welt kennt die Wahrheit. Und offen gesagt, gibt es in Russland viele Menschen, die – trotz der aggressiven Unterdrückung der freien Medien, die nach unseren Beobachtungen in den letzten zwölf Tagen weiter zugenommen hat – gegen diesen Krieg auf die Straße gehen. Sie können sich nicht vor der Wahrheit verstecken.

Es ist der Gipfel des Zynismus, mit dem Vorschlag zu kommen, die Zivilbevölkerung solle sich über Russland vor diesem Konflikt in Sicherheit bringen. Wenn sich die Menschen dabei sicher fühlten, würden sie das gewiss tun. Aber das ist nicht der Fall. Einige wenige sind über Russland ausgereist, im Vergleich zu 1,5 Millionen, die bisher über Polen, Rumänien, Moldau, Ungarn und die Slowakei geflüchtet sind. Und zwar deshalb, weil Russland der Aggressor ist, weil Russland Angriffe auf Zivilpersonen und zivile Infrastruktur verübt hat und weil die Menschen große Angst vor Russland haben. Alle wissen das; am besten die, die vor diesem Konflikt fliehen.

Was die chemischen Waffen der ukrainischen Regierung anbelangt, die angeblich in der Nähe der russischen Grenze gefunden wurden, so handelt es sich um eine Lüge Russlands, auf die viele gefasst waren. Wissen Sie, welches Land auf eine lange Tradition der illegalen und unmoralischen Verwendung und Verbreitung chemischer Waffen zurückblicken kann? Denken Sie an Wiktor Juschtschenko, Alexander Litwinenko, Alexei Nawalny und Sergei Skripal. Richtig: Russland. Sie haben keinerlei Glaubwürdigkeit. Wie unser ukrainischer Kollege soeben sagte: Wenn Sie behaupten, Beweise zu haben, gehen Sie vor Gericht.

Abgesehen vom Krieg, den Russland begonnen hat, hat das Land ein anderes Problem: es hat die Welt immer wieder belogen. Und hier in der OSZE haben die russische und die belarussische Delegation das gleiche Problem: sie haben dieses Gremium immer wieder belogen. Nun versuchen sie, uns von noch mehr Lügen zu überzeugen, aber wir haben keinen Grund mehr, ihnen zu glauben. Es gibt keine Beweise und leider auch kein bisschen Glaubwürdigkeit, die auf so etwas wie auf Aufrichtigkeit in der Vergangenheit gründen könnte. Traurigerweise ist das nicht nur für Russland ein Problem, sondern auch für dieses Gremium, das irgendwie versuchen muss, die Erörterungen vor diesem Hintergrund fortzusetzen.

Ich möchte auf das zurückkommen, was Sie über die antirussische Stimmung gesagt haben, die in diesem Gremium, oder vielleicht auch in der ganzen Welt, herrsche. Ich möchte klar und deutlich sagen: Ich bin ein Freund des russischen Volkes. Kanada ist ein Freund des russischen Volkes. Dennoch lehnen wir die kriminelle Vorgehensweise Präsident Putins und des Kremls kategorisch ab, mit der sie diesen Krieg gegen die Ukraine vom Zaun gebrochen haben, und werden alles in unserer Macht Stehende tun, um ihre Verbrechen aufzuklären und sie zur Verantwortung zu ziehen. Mit anderen Worten werden wir, um aus der Erklärung unseres lettischen Kollegen von letzter Woche zu zitieren, alles in unserer Macht Stehende tun, um unserer Verpflichtung nach dem völkerrechtlichen Grundsatz *erga omnes* nachzukommen, nach dem die internationale Gemeinschaft die Pflicht und Schuldigkeit hat, Verstößen gegen zwingende Normen, wie sie Russland begangen hat, Einhalt zu gebieten.

Botschafter Lukashevich hat soeben gesagt, dass wir einen Weg aus dieser Situation finden müssen. Es gibt einen Ausweg: Russland zieht seine Truppen ab, holt sie auf das eigene Hoheitsgebiet – nicht nach Belarus, nicht auf die Krim – zurück und beendet seine terrorisierenden Handlungen gegen die ukrainische Zivilbevölkerung. Das würde das Problem lösen. Dann könnten wir uns darauf konzentrieren, der ukrainischen Zivilbevölkerung zu helfen, sich von der Angst und dem Schrecken, in die Russland sie in den letzten zwölf Tagen versetzt hat, zu erholen.

Danke, Herr Vorsitzender. Ich ersuche um Aufnahme meiner Erklärung als Anhang in das Journal des Tages.